

Die Erschleichung der Begnadigung.

Von Ernst Just, Assessor in Limbach (Sachsen).

I.

Die Frage, ob sich jemand der Begünstigung schuldig mache, wenn er einem zu Strafe Verurteilten zur trügerischen Erschleichung des Gnadenerlasses behilflich sei, ist seit einer Äußerung des Abgeordneten Lasker im Norddeutschen Reichstag vom Jahre 1870 der Gegenstand eines bis zum heutigen Tage noch nicht ausgetragenen Streits. Den Ausgangspunkt der Meinungsäußerungen bildete ein Urteil des preussischen Obertribunals, das in Übereinstimmung mit zwei Vorinstanzen wegen Begünstigung in einem Falle gestraft hatte, wo jemand das Gnadengesuch eines andern durch Beifügung wahrheitswidriger, mit eidesstattlichen Versicherungen versehener Zeugnisse unterstützt hatte. Nachdem Goldammer diese Entscheidung des Obertribunals gegen die von Lasker bereits wider die Erkenntnisse der Vorinstanzen gerichteten Angriffe in Schutz genommen hatte¹⁾, entwickelte sich in der Litteratur ein Meinungsaustrausch, aus welchem im Laufe der Zeit drei voneinander abweichende Ansichten hervorgetreten sind.

Nach der ersten Ansicht ist in der Einreichung eines Gnadengesuches durch einen Dritten schon dann eine Begünstigung (§ 257 des Reichsstrafgesetzbuchs) zu erblicken, wenn das Gesuch auf wissentlich wahrheitswidrige Angaben gestützt wird. Diese Auffassung vertreten, ohne sie näher zu begründen, H. Meyer²⁾ und v. Liszt³⁾.

¹⁾ Goldammer's Archiv, Jahrgang 1870, S. 394 f.

²⁾ H. Meyer, Lehrbuch des deutschen Strafrechts, 3. Aufl. S. 274.

³⁾ v. Liszt, Lehrbuch des deutschen Strafrechts, 4. Aufl. S. 617 unter Ziff. 2.

Die zweite Ansicht geht dahin, daß das bloße Aufstellen unwarhrer Behauptungen in dem Gnadengesuch die Strafe der Begünstigung nicht vermirke, daß aber dann Begünstigung vorliege wenn dem Gnadengesuche zur Glaubhaftmachung der darin enthaltenen wahrheitswidrigen Angaben falsche Urkunden und eidesstattliche Versicherungen beigelegt würden. Auf diesen Standpunkt stellt sich Olshausen⁴⁾. Bei einer Reihe anderer Schriftsteller, insbesondere Goldammer⁵⁾, Merkel⁶⁾, Geyer⁷⁾, von Buri⁸⁾, Rüdorff⁹⁾ und Hälschner¹⁰⁾ erscheint es zweifelhaft, ob sie der ersten oder der zweiten Meinung huldigen, wenn schon Olshausen die zuletzt genannten drei als Vertreter seiner Auffassung anführen zu dürfen glaubt.

Die dritte Ansicht endlich verwirft jede Unterstellung jener Handlungen unter den Gesichtspunkt der Begünstigung und wird verteidigt von v. Schwarze¹¹⁾ und Oppenhoff¹²⁾.

Während sämtliche Vertreter dieser drei Ansichten darüber einverstanden sind, daß unter „Bestrafung“ im Sinne von § 257 des Strafgesetzbuchs nicht nur die Verurteilung, sondern auch die Strafvollstreckung zu verstehen sei, bildet den Mittelpunkt des Streites die Frage, ob bei der eigentümlichen Natur des Begnadigungsrechts in den der Betrachtung zu Grunde liegenden Fällen davon die Rede sein könne, daß dem Verurteilten Beistand geleistet werde, um ihn der Bestrafung zu „entziehen“.

Schwarze verneint dies unter Hinweis auf das „freie Walten der königlichen Gnade“; Oppenhoff gelangt zu demselben Ergebnis, indem er ausführt: Der Gnadenerlaß könne nie als ein „der Strafe Entziehen“ aufgefaßt werden, weil ihn das Gesetz als unbeschränkbares Vorrecht der Krone betrachte; selbst das auf Täuschung berechnete Vorbringen unwahrer Thatsachen in einem Gnadengesuche gehöre nicht unter § 257 des Strafgesetzbuchs, zumal da

⁴⁾ Olshausen, Kommentar zum Strafgesetzbuch, 4. Aufl. Bb. 2 S. 967.

⁵⁾ Goldammer a. D.

⁶⁾ Holkendorffs Handbuch 3. Bb. S. 740.

⁷⁾ Gerichtssaal Jahrgang 1875 S. 299 f.

⁸⁾ Gerichtssaal Jahrgang 1877 S. 45.

⁹⁾ Rüdorff, Kommentar zum St.G.B. 4. Aufl. S. 567.

¹⁰⁾ Hälschner, Das gemeine deutsche Strafrecht Bb. 2 S. 876.

¹¹⁾ v. Schwarze, Kommentar zum St.G.B. 5. Aufl. S. 741 und im Gerichtssaal 1872 S. 383 und 384.

¹²⁾ Oppenhoff, Kommentar zum St.G.B. 12. Aufl. S. 627.

diese gesetzliche Bestimmung in betreff der benutzten Mittel keine Unterscheidung mache; § 257 setze ein nicht im legalen Wege bewirktes Entziehen voraus, und das könne der Gnadenerlaß schon deshalb nicht sein, weil er lediglich auf der innern, jeder richterlichen Nachprüfung entzogenen Entschließung des Landesherrn beruhe.

Diese Erwägungen vermag der Verfasser nicht zu teilen. Auch das Begnadigungsrecht dient der staatlichen Gerechtigkeitspflege¹³⁾. Der Gnadenerlaß ist seinem Wesen nach nicht willkürliche Gunstbezeugung, sondern ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit. Die Einrichtung des Begnadigungsrechts kann vernünftigerweise nicht den Zweck haben, daß der Inhaber jenes Rechts planlos unter den Strafurteilen schalte und walte, Recht in Unrecht verkehrend nach Eingebungen des Augenblicks; sie ist vielmehr dazu bestimmt, die unvermeidliche Mangelhaftigkeit der Gesetzgebung auf den Gebieten des materiellen Strafrechts wie des Strafprozesses und Strafvollzuges in Fällen zu beseitigen, wo sich daraus für den Verbrecher selbst oder dritte Personen, namentlich Angehörige des Verbrechers, unbillige Härten ergeben würden, oder wo die Besorgnis begründet ist, daß sich der Richter zum Nachteil des Beschuldigten geirrt habe. Mit diesem begrenzten Zwecke steht die äußere Freiheit der Entschließung, die dem Inhaber des Begnadigungsrechtes zukommt, keineswegs in Widerspruch. Im Gegenteil: der Zweck der Begnadigung würde sich ohne jene Freiheit gar nicht verwirklichen lassen; denn jede Beschränkung, welche die Freiheit der landesherrlichen Entschließung durch Gesetz oder Herkommen erlitte, wäre selbst wieder mit der Unvollkommenheit alles bestehenden Rechtes behaftet. Wie der Strafrichter frei und ohne an Beweisregeln gebunden zu sein, aus dem Inbegriff der Verhandlung seine richterliche Überzeugung schöpft, so entscheidet auch der Landesherr auf Grund des ihm kundgewordenen Sachverhalts frei über die Frage, ob der Fall sein Eingreifen im Wege des Gnadenerlasses erheische. Die Garantie für zweckentsprechende Ausübung des Begnadigungsrechtes liegt in dem Bewußtsein des Monarchen von seiner sittlichen Verantwortlichkeit, in der höchsten Staatsweisheit, die in ihm verkörpert und um ihn versammelt ist.

Ist aber die Begnadigung ein Akt der Gerechtigkeitspflege, so muß der einem Verurteilten zur Erschließung des Straferlasses ge-

¹³⁾ Ditschhausen a. D., Geyer a. D., Berner, Lehrbuch des Strafrechts. 16. Aufl. S. 222.

leistete Beistand nach denselben Grundsätzen behandelt werden, wie die dem Thäter im Strafprozeß zur Vereitelung seiner Bestrafung gewährte Hilfe. Das Unternehmen, einen dem Zwecke des Begnadigungsrechts nicht entsprechenden Gnadenerlaß durch Irrtums-erregung herbeizuführen, enthält in gleicher Weise das Bestreben, den Verbrecher der Bestrafung zu „entziehen“, wie das auf Täuschung des Richters berechnete Erteilen wahrheitswidriger Auskunft behufs Herbeiführung eines freisprechenden Urteils. — Wenn von Schwarze einwendet, es sei bei der Freiheit der landesherrlichen Entschließung der Beweis, daß die Begnadigung infolge der un- wahren Angaben gewährt worden sei, ebenso unpassend als un- möglich, so zieht er, wie schon Olshausen und Merkel hervor- heben, nicht in Betracht, daß der vom Begünstiger gewollte Erfolg gar nicht eingetreten zu sein braucht; die Begünstigung ist vollendet, ehe es sich entscheiden kann, ob sie von Erfolg gewesen ist.

Die mittlere, besonders von Olshausen verteidigte Ansicht geht dahin, daß strafbare Begünstigung dann vorliege, wenn dem Gnadengesuche falsche Urkunden oder eidesstattliche Versicherungen beigelegt würden. Olshausen argumentiert folgendermaßen:

Ein „der Bestrafung Entziehen“ liege nicht in jeder Thätigkeit, die, auch trotz objektiv vorliegenden Verbrechens oder Vergehens und trotz der Überzeugung davon, darauf abziele, die Bestrafung des Thäters zu verhindern; so könne selbst unter jener Voraus- setzung eine sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen haltende Ver- teidigung niemals als „Begünstigung“ aufgefaßt werden. In dem Begriffe des „Entziehens“ liege vielmehr das Moment des Rechts- widrigen; daselbe sei hier, wo es sich um öffentlich-rechtliche Ver- hältnisse handle, dahin zu bestimmen, daß die Verhinderung der Bestrafung gegen die Grundsätze des öffentlichen Rechts verstoßen müsse. Gegen diese verstoße es z. B. nicht, wenn der Verteidiger trotz Überzeugung von der Schuld seines Klienten auf Nichtschuldig plädiere, vielleicht wissentlich unter wahrheitswidrigen Anführungen; denn die Pflicht des Verteidigers, seinen Klienten zu verteidigen, finde ihre Grenze nur im formellen und materiellen Strafgesetze selbst, während anderseits der Richter den unerwiesenen Angaben keinen Glauben zu schenken brauche. So wenig es nun ein Recht auf Wahrheit im allgemeinen gebe, so wenig stehe den Behörden beziehungsweise Inhabern des Begnadigungsrechtes, denen ein Gnadengesuch eingereicht werde, ein Recht auf Vortrag wahrheits-

gemäßer Angaben zu; die Einreichung eines Gnadengesuches der gedachten Art könne daher als rechtswidrig nicht bezeichnet werden. Anders liege jedoch die Sache, sobald dem Gnadengesuche falsche Urkunden oder eidesstattliche Versicherungen, die auf Grund der Bestimmungen des Strafgesetzbuchs strafbar seien, wissentlich beigefügt würden, denn alsdann finde eine gegen das öffentliche Recht verstößende Beistandsleistung statt, die darauf hinausgehe, den Thäter der Bestrafung zu entziehen.

Olshausen verneint also in dem zuerst erörterten Falle den Thatbestand der Begünstigung auf Grund des Satzes, daß ein Beistandleisten mit dem Zwecke, den Verbrecher der Bestrafung zu entziehen, nur dann als rechtswidrig zu betrachten sei, wenn es Normen des öffentlichen Rechts zumiderlaufe. Allein dieser Satz ist unhaltbar. Gegen welchen Grundsatz des öffentlichen Rechts — außer eben gegen das Verbot der Begünstigung — verstößt wohl derjenige, der dem von der Behörde noch nicht ergriffenen Thäter, um die Ergreifung zu hintertreiben, Kleider leiht, die ihn unkenntlich machen? oder derjenige, der in gleicher Absicht Fußspuren vermischt, die den Thäter verraten könnten? Solche und ähnliche, von jeher und auch durch Olshausen dem Begriff der Begünstigung unterstellte Thatbestände müßten straflos bleiben, wenn jener Satz richtig wäre. Das „Moment des Rechtswidrigen“ ist daher anders zu bestimmen. Die Bethätigung der Absicht, den Verbrecher der Strafe zu entziehen, enthält einen Angriff auf das Strafrecht des Staates. Da letzteres nach Maßgabe der Gesetze nur durch Organe des Staates gehandhabt wird, also der Verfü- gung des Angreifenden entzogen ist, so ist der Angriff rechtswidrig, soweit nicht Ausnahmen platzgreifen. Es findet hierbei daselbe Verhältnis statt, wie beispielsweise bei der Tötung. Diese ist in der Regel rechtswidrig; nur in besondern Fällen (Amtpflicht, Krieg) besteht das Recht zu töten. So ist Olshausen im Ergebnis darin beizutreten, daß gegen den Verteidiger, sofern er sich innerhalb der Grenzen der Verteidigung hält, wegen Begünstigung nicht vorgegangen werden kann; der Verteidiger nimmt eben der Begünstigung gegenüber eine durch seinen Beruf gedeckte Sonderstellung ein. Um nun zur Erschleichung des Gnadenerlasses zurückzukehren, so ist die Frage der Rechtswidrigkeit hier nicht danach zu beantworten, ob dem Inhaber des Begnadigungsrechts ein Anspruch auf Vortrag wahrheitsgemäßer Behauptungen zustehe, son-

bern danach, ob jedem, der für einen Andern die Gnade des Landesherrn anruft, eine ähnliche Ausnahmestellung zukomme, wie dem Verteidiger. Dies zu bejahen, dürfte doch wohl bedenklich fallen.

Nach alledem ist der Ansicht G. Meyers und v. Liszts beizutreten, derzufolge in allen Fällen wegen Begünstigung zu strafen ist, wo jemand mit Kenntnis von dem Verbrechen oder Vergehen eines Andern diesem zu trügerischer Erschleichung des Gnaden-erlasses wesentlich Beistand leistet.

II.

Noch in anderer Richtung gibt zu Zweifeln Anlaß der Fall, wenn die Strafe, deren Gnadenerlaß durch Täuschung erstrebt wird, in einer Geldstrafe besteht. Hier fragt es sich, ob sich nicht die an jenem Unternehmen Beteiligten — der Verurteilte selbst, dessen Helfershelfer — nach Befinden eines Betruges (§ 263 St.G.B.) schuldig machen; eines vollenden, wenn das Unternehmen gelingt, eines versuchten, wenn es mißlingt.

Die Geldstrafe nimmt im Strafsystem insofern eine besondere Stellung ein, als sie die Hauptstrafe ist, die sich unmittelbar gegen das Vermögen des Verurteilten wendet und auf dessen Kosten eine Vermehrung des Staatsvermögens herbeiführt. Die rechtskräftige Verurteilung zu einer Geldstrafe begründet ein dem öffentlichen Rechte angehöriges Schuldverhältnis, dessen Gläubiger der Staat, dessen Schuldner der Verurteilte, dessen Gegenstand der Betrag der Strafe ist¹⁴⁾. Dies ist allerdings nicht unbestritten. Der dritte Straffenat des Reichsgerichts hat die Auffassung zu erkennen gegeben, daß der Anspruch des Staates auf Einhebung einer Geldstrafe und die Verpflichtung des Verurteilten zu deren Zahlung überhaupt nicht unter den Gesichtspunkt eines dem öffentlichen Vermögensrecht angehörigen Rechtsverhältnisses zu bringen sei, da die Strafe nicht in der Absicht, den Vermögensverkehr zu vermitteln, sondern um ihrer selbst willen verhängt werde¹⁵⁾. Dies letztere ist zwar richtig, aber nicht durchschlagend. Denn einerseits ist die Absicht, den Vermögensverkehr zu vermitteln, zur Entstehung eines dem Vermögensrechte angehörigen Schuldverhältnisses gar

¹⁴⁾ Berner, Lehrbuch des Strafrechts 16. Aufl. S. 222.

¹⁵⁾ Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen Bd. 2 S. 33.

nicht unbedingt erforderlich. Zahlreiche Arten von Schulverhältnissen, die unter den Begriff des Vermögensrechts fallen, entstehen ohne diese Absicht; man denke an die *obligationes ex delicto*, *quasi ex delicto*, an die auf dem Familienstande beruhenden Vermögensrechte. Andererseits läßt sich nicht absehen, wie der kriminalpolitische Zweck der Strafe, von dem Betroffenen als Übel empfunden zu werden, die materielle Erscheinung der Geldstrafe als einer erzwingbaren Übertragung von Geld aus dem Vermögen des Verurteilten in das des Staates aus der Welt schaffen sollte. Die Ansicht des dritten Straffenats wird denn auch vom ersten Straffenat nicht geteilt. Dieser spricht sich dahin aus, daß die Verurteilung eines Zeugen zu einer Geldstrafe wegen ungehorsamen Ausbleibens für den Staat ein Forderungsrecht begründe, das einen Bestandteil des Staatsvermögens bilde¹⁶⁾. Die einem Zeugen auferlegte Ordnungsstrafe wird aber ebensosehr um ihrer selbst willen und ebensowenig in der Absicht, den Vermögensverkehr zu vermitteln, verhängt, wie eine kriminelle Geldstrafe.

Wie die Schulverhältnisse des Privatrechts, so genießen auch die des öffentlichen Rechts strafrechtlichen Schutz. Dieser Schutz wird ihnen zum größten Teile durch Spezialstrafgesetze, insbesondere die Zoll- und Steuerstrafgesetze gewährt. Wo aber kein Spezialstrafrecht eingreift, da findet das Reichsstrafgesetzbuch Anwendung. In Ermangelung von einschlagenden Sonderbestimmungen gilt letzteres auch zum Schutze des Geldstrafanspruchs des Staates. Es kann daher die Erschleichung des Gnabenerlasses mit Beziehung auf eine Geldstrafe recht wohl unter § 263 St.G.B. fallen. Hiergegen lassen sich auch nicht die Gründe ins Feld führen, aus denen die Möglichkeit der Begehung eines Betruges durch bewußtes Vorbringen unwahrer Parteibehauptungen im Zivilprozeß verneint wird. Der Richter darf ein unbescheinigtes einseitiges Parteivorbringen bei der Entscheidung nicht berücksichtigen. Verstößt er hiergegen, so begeht er eine Pflichtverletzung, durch die der Kausalzusammenhang zwischen der Täuschung und dem durch die nachteilige Entscheidung der Gegenpartei erwachsenen Schaden unterbrochen wird. Der Inhaber des Begnadigungsrechts dagegen darf, ohne seine Pflicht zu verletzen, auch unbescheinigtem Vorbringen Glauben schenken und sich dadurch bei seiner Entschließung bestimmen lassen.

¹⁶⁾ Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen Bd. 18 S. 442.

Nichtsdestoweniger kann hier eine Bestrafung wegen Betruges nicht eintreten. Denn der Kaufsalzusammenhang zwischen Täuschung und Begnadigung, auf den es ankommen würde, entzieht sich der richterlichen Kognition. Hier ist die von Schwarze an falscher Stelle verwertete Erwägung maßgebend, daß es „unpassend“ wäre, Beweis darüber zu erheben, ob wirklich die Begnadigung infolge der unwahren Angaben gewährt worden sei; hier kommt Oppen-
hoffs Beweisgrund zur Geltung, daß der Gnadenerlaß lediglich auf der innern, jeder richterlichen Nachprüfung entzogenen Entschließung des Landesherrn beruhe. Eine solche Beweisführung, die in den weitaus meisten Fällen nur dann möglich wäre, wenn sich der Inhaber des Begnadigungsrechts zur Zeugnisablegung herbeiließe, wäre mit der Erhabenheit des Begnadigungsrechts als eines der ehrwürdigsten Rechte der Krone unvereinbar.

Ist aber hiernach ein durch Erschleichung der Begnadigung begangener vollendeter Betrug nicht strafbar, so wird man noch einen Schritt weiter gehen und auch den auf solche Weise begangenen Betrugsversuch straflos lassen müssen. Zwar wäre hier kein weiterer Nachweis erforderlich, als daß das Gnadengesuch in betrügerischer Absicht eingereicht worden sei; allein es muß als unzulässig angesehen werden, wegen Versuches da zu strafen, wo aus staatspolitischen Gründen wegen Vollendung nicht gestraft werden kann.
